Anlage 3 zur Satzung über die Erhebung von wiederkehrenden Ausbaubeiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen der Ortsgemeinde Singhofen vom

Begründung zur Ausgestaltung der einheitlichen öffentlichen Einrichtungen (§ 3 der Satzung zur Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen für den Ausbau von Verkehrsanlagen der Ortsgemeinde Singhofen)

Nach § 10 a Abs. 1 Satz 3 Kommunalabgabengesetz (KAG) werden als Grundlage für die Erhebung wiederkehrender Beiträge von den Gemeinden durch Satzung einheitliche öffentliche Einrichtungen (Abrechnungseinheiten) festgelegt, die durch das Zusammenfassen mehrerer, in einem abgrenzbaren und räumlich zusammenhängenden Gebietsteil liegender Verkehrsanlagen des Gemeindegebiets gebildet werden. Die Bildung einer einheitlichen öffentlichen Einrichtung durch Zusammenfassen aller Verkehrsanlagen einer Gemeinde kann erfolgen, wenn diese aufgrund des zusammenhängenden Gemeindegebietes in ihrer Gesamtheit den einzelnen Grundstücken die Anbindung an das inner- und überörtliche Straßennetz vermitteln (§ 10 a Abs.1 Satz 6 KAG).

Nach § 10 a Abs. 1 Satz 8 KAG trifft die Ortsgemeinde die Entscheidung über die Ausgestaltung der einheitlichen öffentlichen Einrichtungen in Wahrnehmung ihres Selbstverwaltungsrechts unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten, wobei diese Entscheidung zu begründen und der Satzung beizufügen ist, § 10 a Abs. 1 Satz 9 KAG. Diese Pflicht zur Begründung besteht (abweichend von der früher geltenden Rechtslage) nach der Neufassung der § 10 a KAG im Mai 2020 generell auch dann, wenn in einer Gemeinde nur eine einheitliche öffentliche Einrichtung durch Zusammenfassen aller öffentlichen, zum Anbau bestimmten Verkehrsanlagen festgelegt wird.

Bei dieser Entscheidung sind sowohl die Anforderungen, die das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in seinem Beschluss vom 25.06.2014 (1 BvR 668/10 und 1 BvR 2104/10) an die Bildung einer einzigen einheitlichen öffentlichen Einrichtung im Gemeindegebiet gestellt hat als auch die Rechtsprechung insbesondere des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Rheinland-Pfalz zu beachten.

Nach dem vorstehenden Beschluss des BVerfG ist die Festlegung einer einzigen einheitlichen öffentlichen Einrichtung im Gemeindegebiet (nur) dann gerechtfertigt, wenn mit den Verkehrsanlagen ein konkret zurechenbarer Vorteil für jedes beitragsbelastete Grundstück verbunden ist. In kleinen Gemeinden –insbesondere solchen, die nur aus einem kleinen, zusammenhängend bebauten Ort bestehen- werden sich einheitliche öffentliche Einrichtung und Gemeindegebiet häufig decken. Ob die herangezogenen Grundstücke einen konkret zurechenbaren Vorteil von dem Ausbau und der Erhaltung einer Verkehrsanlage haben, hängt nicht nur von der politischen Zuordnung eines Gebiets, sondern vor allem von den tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten ab (wie etwa Größe, Existenz eines zusammenhängenden bebauten Gebietes, der Topographie wie der Lage von Bahnanlagen, Flüssen und größeren Straßen oder der typischen Straßennutzung).

Nach § 10 a Abs. 1 Satz 4 KAG wird ein räumlicher Zusammenhang in der Regel nicht durch Außenbereichsflächen von untergeordnetem Ausmaß oder topographische Merkmale wie Flüsse, Bahnanlagen oder klassifizierte Straßen, die ohne großen Aufwand gequert werden können, aufgehoben. Nach der Gesetzesbegründung sind an die verbindende Wirkung von Quermöglichkeiten mit Blick auf die große Flexibilität des Anliegerverkehrs keine allzu hohen Anforderungen zu stellen. Das OVG Rheinland-Pfalz hat in einer Entscheidung vom 04.06.2020 zur Bildung einer einheitlichen öffentlichen Einrichtung als Orientierungswert einen Wert von bis zu 3.000 Einwohnern bezeichnet, der vor allem in dörflichen oder kleinstädtischen Abrechnungseinheiten ein Indiz für eine beitragsrechtlich erforderliche Vorteilslage darstellen kann, wobei es jedoch auf den Einzelfall ankommt und insbesondere darauf, ob die örtlichen Verhältnisse Zäsuren darstellen, die eine Trennung des räumlichen

Zusammenhangs bewirken und zur Bildung mehrerer einheitlicher öffentlicher Einrichtungen zwingen. In anderen Entscheidungen wurden einzelfallbezogen auch Abrechnungseinheiten mit höheren Einwohnerzahlen akzeptiert, orientiert an den Anforderungen der o.a. Rechtsprechung.

Bei der Ortsgemeinde Singhofen handelt es sich um eine Ortsgemeinde mit derzeit rd. 1.950 Einwohnern, die im Bereich der eigentlichen Ortslage noch dörflich strukturiert ist. Sie unterschreitet damit die als Indiz und Orientierungswert bezeichnete Einwohnerzahl von 3.000 Einwohnern deutlich. Sie weist im Bereich der Ortslage (Ortskern) eine dichte zusammenhängende Bebauung auf, die nicht durch größere Außenbereichsflächen voneinander getrennt werden und die Grundstücke in der Ortslage werden in überwiegendem Maße durch Gemeindestraßen erschlossen. Die in der Ortslage verlaufende Ortsdurchfahrten der B 260 (Hauptstraße) und K 14 (Steinstraße) haben aufgrund ihrer nicht sehr großen Breite, der tatsächlichen dichten Bebauung entlang der Straße und der bestehenden innerörtlichen Querungsmöglichkeiten keine trennende Wirkung. Ferner binden sie verschiedene Gemeindestraßen an. Bestandteil der Abrechnungseinheit sind zwei Gewerbegebiete, wobei der Bebauungsplan für das ältere Gewerbegebiet „Auf'm Hunzel“ auch Mischgebietsanteile (gelegen an der Straßen „Arnsteiner Straße“, „Raiffeisenstraße“, „Auf Gohl“, „Tanusstraße“, „Westerwaldstraße“ beinhaltet).

Das westlich der B 260 gelegene Gewerbegebiet „An den Weiden“ befindet sich hinsichtlich seiner finalen Gesamtherstellung (Erweiterungsbereich) noch in der Enderschließungsphase. Eine Rechtfertigung zur Einbeziehung in die Ortslage wird nicht zuletzt auch darin gesehen, dass die Verkehrsanlagen im Gewerbegebiet nach zunächst grober Überlegung im Rahmen einer Verkehrskonzepterstellung Entlastungsfunktion für das in südlicher Richtung befindliche große Baugebiet „Im Finkenwieserberg / Seelackergraben“ darstellen können.

Die Ortslage von Singhofen bildet daher eine einheitliche öffentliche Einrichtung (Abrechnungseinheit 1).

Weiter außerhalb der Ortslage von Singhofen in Richtung Westen findet sich das durch einen Bebauungsplan festgesetzte Wochenendhausgebiet „Dermbachtal“. Die Zuwegung erfolgt jeweils durch den Außenbereich verlaufende Wege. Das Wochenendhausgebiet weist eine eigenständige noch gut ausgebaute Verkehrsanlagenerschließung auf. Die letzte Beitragsabrechnung datiert vom Juni 2002. Aufgrund der abgeschlossenen eigenständigen Lage im Gemarkungsgebiet rechtfertigt sich die Bildung einer eigenständigen Abrechnungseinheit.

Für das Wochenendhausgebiet „Dermbachtal“ wird daher eine einheitliche öffentliche Einrichtung gebildet (Abrechnungseinheit 2).

Nach § 10 a Abs. 1 KAG in Verbindung mit § 3 der Satzung über die Erhebung wiederkehrender Beiträge für den Ausbau von Verkehrsanlagen werden für die Ortsgemeinde Singhofen daher zwei einheitliche öffentliche Einrichtungen (Abrechnungseinheiten) gebildet.